

Waldenburger Zeitung

Fernsprecher 3

(Waldenburger



Wochenblatt)

Fernsprecher 3

Publikationsorgan

der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von
Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg.
Postfachkonto: Breslau Nr. 10073. Konto bei: Ortsgratasse
der Stadt Waldenburg, Waldenburger Handels- u. Gewerbe-
bank, Bankhaus Eichhorn & Co., Kommunalständische Bank.

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen.
Bezugspreis vierteljährlich 4,90, monatlich 1,65 M. frei Haus.
Preis der einspaltigen Petitzeile für Inserenten aus Stadt
und Kreis Waldenburg 30 Pfg., von auswärts 35 Pfg.,
Vermietungen, Stellengesuche 25 Pfg., Reklameteil 1 M.

Sozialistische Kundgebungen bei Wilsons Abreise.

Ein Strafgericht für die Deutschnationalen.

Die Deutsche Vaterlandspartei ist verschwunden. Aber ihre anmaßende Ueberheblichkeit lebt fort in den Reihen der Deutschnationalen Volkspartei. Das Auftreten ihres Fraktionsredners von Kardorff in der Preussischen Landesversammlung vom 25. Juni bewies es. Freilich hat er dort bei Besprechung der Friedensfrage keine Vorbeeren geerntet, und seine Partei hat an ihm keine große Freude erlebt. Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen demokratischen Partei, Abg. Dr. Friedberg, hielt schlagfertig, gestützt auf ein reiches Material, mit ihm und seiner Partei sofort eine ebenso gründliche wie glückliche Abrechnung. Es ging ein Hagelwetter auf sie nieder:

Abg. v. Kardorff hatte mit aller Deutlichkeit mit Bezug auf die Zustimmung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages gesagt: „Aus dieser Verantwortung lassen wir Sie nicht heraus.“ Mit Recht antwortete ihm Dr. Friedberg:

Was bedeutet denn das anders, als daß er die Sache parteipolitisch ausschalten will? Das kann gar nicht anders ausgelegt werden!

Die Deutschnationalen verbesserten ihre Lage nicht, als sie bei dieser ihnen unangenehmen Festnagelung sich in entrüsteten Zwischenrufen gefielen. Denn nun hielt ihnen Dr. Friedberg ein Rundschreiben entgegen, worin die Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei am 14. Mai, also zwei Tage nach der denkwürdigen Sitzung der Nationalversammlung, erklärte:

Die Bekanntgabe der Friedensbedingungen hat niederschmetternd auf alle Deutschen gewirkt! Diese Situation muß von uns unbedingt agitatorisch ausgenutzt werden.

Die Erregung der Deutschnationalen steigerte sich noch, als Dr. Friedberg fortfuhr:

„Agitatorisch auszunutzen!“ — Ist Ihnen das noch nicht deutlich genug? — Agitatorisch auszunutzen! — Sie werden die Worte nicht weiterinterpretieren können mit allen Reinken der Dialektik! Das ist ein hoffnungsloses Unternehmen! Herr v. Kardorff hat es ja auch heute durch seine Erklärung bestätigt.“

Nachdrücklich betonte Dr. Friedberg, daß der Sprecher der Deutschnationalen weit mehr als Adolf Hoffmann in dieser ersten Zeit die Parteien, anstatt zu einigen, durch seine Rede auseinandergebracht habe; z. B. durch die Frage, wer für die ungünstige Beendigung des Krieges verantwortlich ist. Dr. Friedberg erklärte:

„Herr v. Kardorff hat von der mangelnden politischen Führung während des Krieges gesprochen. Wer hat denn diese mangelhafte politische Führung während des Krieges geradezu möglich gemacht, wer hat denn alles mögliche getan, um die diplomatische Leitung von der Zivilverwaltung übergehen zu lassen auf die Militärgewalt? Das sind die Herren von der Rechten gewesen. In Tausenden und Abertausenden von Telegrammen haben Sie sich an die Oberste Seeresverwaltung gewandt und sie immer aufzuregen und gegen die verantwortliche Reichsleitung mobil zu machen gesucht, so daß sie von Ihnen lahmgelagt wurde, systematisch von den rechtsstehenden Parteien lahmgelagt worden ist.“

Dr. Friedberg erinnerte daran, wie Bethmann-Hollweg im November 1916 im Hauptausschuß des Reichstages in geradezu überzeugender Weise die Unzumutbarkeit des U-Boot-Krieges, die militärischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte geschildert und dargelegt hat, wie wir uns eine Quelle der Ernährung noch verschaffen würden, wenn wir mit Amerika einen Krieg führten. Und diesen Mann hat man müde gemacht! Es ist kein großer Fehler, daß er nachgegeben hat. Er hat selber erklärt:

Ich habe gegen mich die Marine, die Oberste Seeresleitung gehabt, ich habe gegen mich die

Krone gehabt, ich habe gegen mich die Parteien gehabt, — ich mußte nachgeben!

Sehen Sie, fuhr Dr. Friedberg fort, Sie sprechen so viel davon, daß das deutsche Volk seine Nerven verloren habe. Das deutsche Volk hat sehr viel ertragen: es hat 4 Jahre Hunger in Begeisterung ertragen und alle Strapazen. Das, was es aber nicht ertragen konnte, waren die 1200.000 Amerikaner, und die haben Sie (nach rechts) auf den Plan gerufen!

Diesen Worten folgte stürmische Zustimmung der großen Mehrheit des Hauses gegenüber den nunmehr sehr Neulant gewordenen Deutschnationalen. Diese Zustimmung steigerte sich noch, als Dr. Friedberg Herrn von Kardorff, der sich recht unvorsichtig auf Bismarck berufen hatte, darauf hinwies, daß die Bestrebungen, Bismarck zu stürzen, auf die rechte Seite dieses Hauses zurückzuführen sind, daß kein anderer als Bismarck sich darüber beklagt hat, mit welcher kühnen Gelassenheit gerade die konservative Partei seinen Rücktritt hingenommen hat und daß Bismarcks Wege einer vernünftigen und gemäßigten Kontinentalpolitik verlassen worden sind gerade von Leuten, die Herrn von Kardorff näher stehen als den Demokraten.

Die Deutschnationalen werden an dieses Strafgericht nur ungern zurückdenken. Sie hatten hochmütig als Ankläger auftreten wollen und sahen sich plötzlich als Angeklagte auf die Armesühnerbank gedrängt und verurteilt.

Parteitag der Deutschen demokratischen Partei.

Der Parteitag der Deutschen demokratischen Partei wird nunmehr nach Beschluß des Geschäftsführenden Ausschusses in den Tagen vom 19. bis 22. Juli in Berlin stattfinden. Die Verhandlungen finden in der Philharmonie, und zwar im Beethoven-Saal dieses Etablissements (Eingang Eüthener Straße 32), statt.

Die vorläufige Tagesordnung ist folgende:

Sonnabend den 19. Juli, nachmittags 4 Uhr:

- Eröffnung des Parteitages.
- Geschäftsbericht der Parteileitung.
- Bericht der Fraktion in der Nationalversammlung.

Sonntag den 20. Juli, vormittags 10 Uhr:

Die Deutsche demokratische Partei und der Frieden. (Voranschläglicher Referent: Reichsminister a. D. Graf Brockdorff-Rantzau.) Allgemeine Aussprache.

Montag den 21. Juli, vormittags 9 Uhr:

Beratung des Programmwerkes.

- Allgemeiner Bericht: Rechtsanwalt Dr. Frankfurter (Berlin).
 - Bericht über den Abschnitt vom „Staat“: Oberlandesgerichtsrat Prof. Dr. Gerland (Jena).
 - Bericht über den Abschnitt „Kulturelle Fragen“: Dr. Friedrich Naumann, M. d. R.
 - Bericht über den Abschnitt „Wirtschaftsordnung“: Dr. Robert Kauffmann (Berlin).
- Aussprache jeweils zu den Sonderberichten.

Dienstag den 22. Juli, vormittags 9 Uhr:

- Beratung des Satzungsentwurfs.
- Referent: Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Schreiber, Leiter der Reichsgeschäftsstelle.
- Wahlen auf Grund der Satzungen.
- Anträge.

Anträge müssen bis zum 12. Juli eingelaufen sein.

In Verbindung mit dem Parteitage finden am Freitag den 18. Juli, vormittags 10 Uhr, in noch zu

bestimmenden Lokalen eine Tagung der Jugendorganisationen und eine Tagung der Frauen der Deutschen demokratischen Partei statt. Am Sonnabend den 19. Juli, vormittags 10 Uhr, tritt der Hauptvorstand zu einer Sitzung zusammen.

Demonstrationen gegen Wilson.

Schwere Zusammenstöße zwischen Franzosen und Amerikanern.

Amsterdam, 1. Juli. Die Niederländische Telegraphen-Agentur meldet drahtlos: Präsident Wilson hat sich gestern in Drest an Bord des „George Washington“ begeben. Vichon, Landeaur und Vergues begleiteten ihn bis Drest. „George Washington“ wird von einem amerikanischen Kreuzer, vier Torpedobootzerkürern und eine Strede lang auch von einem französischen Kreuzer begleitet werden. Am Bahnhof wurde Wilson durch Poincaré, Clemenceau und den Kammerpräsidenten begrüßt.

Berlin, 2. Juli. (Eig. Drahtber.) Holländische wie italienische Blätter berichten übereinstimmend, daß es bei der Abfahrt Wilsons in Drest zu schweren Zusammenstößen zwischen Franzosen und Amerikanern gekommen sei. Französische Seelenute durchzogen zusammen mit Sozialisten unter Absingen der Internationale die Stadt, wobei die amerikanische Heerespolizei angegriffen wurde. Es gab viele Verwundete. Die amerikanische Militärkommission wurde von der Menge mit Steinen beworfen. Die Amerikaner wurden in ihren Hotels und Kasernen förmlich belagert.

Auslieferung Wilhelm II.

Haag, 1. Juli. Im englischen Unterhause teilte der Unterstaatssekretär Harnsworth mit, daß die Verhandlungen mit der holländischen Regierung über die Auslieferung des Kaisers eröffnet worden sind.

Herr von Daniel Geschäftsträger in Paris. Basel, 1. Juli. Die Agentur „Gavas“ berichtet aus Paris: An zuständiger Stelle wird bekümmert, daß Herr von Daniel beauftragt wurde, bei Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich die Funktionen eines Geschäftsträgers in Paris zu erfüllen.

Die Pariser Blätter berichten: Die alliierten Regierungen seien übereingekommen, die offiziellen diplomatischen Beziehungen mit Deutschland unmittelbar nach der Ratifizierung des Vertrages wieder aufzunehmen. Deutschland werde alsbald ersucht, an die Spitze der alliierten Regierungen seine Geschäftsträger zu entsenden.

Baldige Ratifizierung des Friedens.

Berlin, 1. Juli. Die Entente hat sich bereit erklärt, die Blockade sofort nach der Ratifizierung des Friedensvertrages seitens der Nationalversammlung aufzuheben, ohne auf die Ratifizierung des Vertrages durch die anderen Mächte zu warten. Die Reichsregierung beschäftigt sich deshalb, wie eine

Korrespondenz meldet, mit dem Gedanken, den Friedensvertrag so bald wie möglich durch die Ratifizierung der Ratifizierung des Vertrages seitens der deutschen Regierung bald erfolgen kann. Nach der preussischen Verfassung muß vorher, da es sich um Abtretung preussischer Gebiete handelt, auch die Zustimmung der Preussischen Landesversammlung eingeholt werden. Die Annahme des Vertrages durch die beiden Parlamente soll noch vor der parlamentarischen Sommerpause erfolgen.

Allgemeiner Verkehrsstreik in Berlin.

Berlin, 1. Juli. Die Streiklage in Berlin hat sich sowohl bei der Eisenbahn wie bei der Straßenbahn nicht geändert. Die Regierung ist aber fest entschlossen, den ihr aufgezwungenen Kampf bis zur Entscheidung mit allen Mitteln durchzuführen, bis die Streikenden zur Vernunft gekommen sind und den politischen Drahtziehern die Gefolgschaft aussagen.

Die Regierung wird auch den privaten Fuhrverkehr, der wieder an die Stelle der Straßenbahn und der Untergrundbahn getreten ist, mit allen Mitteln gegen Angriffe und Behinderung schützen. Die Folgen des Streiks machen sich heute schon fühlbar. Mehrere Zuckerküchen sind wegen mangelhafter Elektrizitätsversorgung gefährdet. Das städtische Elektrizitätswerk hat nur noch Kohlen für drei Tage, das Elektrizitätswerk Neudamm nur für einen halben Tag, doch kann hier das Neudammer Gaswerk ausweichen. Das Berliner Gaswerk besitzt noch Kohlen für sieben Tage.

Einschreiten des Militärs.

Berlin, 2. Juli. (Gg. Drahtber.) Der Groß-Berliner Verkehrsstreik wird sich, wie die Blätter berichten, auch auf die Omnibusangelegenheiten erstrecken, sodaß die Reichshauptstadt nur noch auf Auto- und Dreiradverkehr, sowie auf die Hilfsfuhrwerke angewiesen ist. Die Streikleitung hat neuerdings auch die Beförderung von Postpaketen durch die Straßenbahn untersagt. Die mangelnde Zufuhr infolge des Eisenbahnstreikes hat die Kohlenpreise in Berlin veranlaßt, die weitere Kohlenverteilung vorläufig aufzuschieben. Der Verkehr von Hilfsfuhrwerken ist nicht so umfangreich wie beim letzten Ausstand, da die Fuhrwerksbesitzer Angriffe von Streikenden befürchten. Aus dem Alexanderplatz kam es bereits zu Angriffen der Menge gegen Hilfswagen, die zum Einschreiten des Militärs führten.

Ein energischer Erlass des Eisenbahnministers.

Berlin, 1. Juli. (WZ.) Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Deser, erläßt folgende Bekanntmachung:

Den Wünschen der Eisenbahner folgend, stellt die Regierung wertvolle Auslandslebensmittel zu bedeutend herabgesetzten Preisen zur Verfügung, die einen Aufwand von 1 1/2 Milliarden erfordern und dem gesamten Volke zugute kommen. Damit hat sie das äußerste getan, was nach Lage der Staatsfinanzen möglich ist. Sie wird aber auch weiterhin ihrem Personal zu helfen bemüht bleiben, soweit die allgemeine Not des Volkes dies noch irgendwie erlaubt. Die Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung erfolgt in voller Uebereinstimmung mit den gesetzgeberischen Vorgängen im Reich und den Anschauungen der Landesversammlungen. Durch die Einführung der Betriebsräte auf Grund des Reichsgesetzes wird dem Personal ein weitgehendes Mitwirkungsrecht angeordnet.

Sämtliche Eisenbahnorganisationen haben ausdrücklich erklärt, daß sie den gegenwärtigen Streik nicht billigen. Auch sonst haben viele Kreise des Personals wiederholt betont, daß die Arbeit wieder aufgenommen würde, sobald der Streikerlaß des Reichsverkehrsministeriums, durch den sie sich in ihrer Arbeitsfreiheit beeinträchtigt fühlen, aufgehoben sei. Im Vertrauen auf diese Zusicherungen ist der Erlass aufgehoben worden. Trotzdem wird der Streik fortgesetzt. Abgesehen davon, daß die Arbeiter große Lohnausfälle erleiden, daß die streikenden Beamten kraft Gesetzes ihres Dienstverhältnisses für die Tage der Arbeitsunfähigkeit verlustig gehen, sind die Folgen für die Allgemeinheit unabsehbar. Alle Zufuhr nach Berlin kommt wegen der Betriebsunterbrechung auf den Bahnhöfen ins Stocken. Gegen 9000 Wagen allein für Berlin sind auf weite Strecken unterwegs zum Stillstehen gekommen. So müssen wertvolle Lebensmittel zugrunde gehen. Vieh muß unterwegs verhungern, Fischsendungen verderben.

Der Streik wird aber auch verhindern, daß die vorbereitete Erhöhung der Lebensmittelpreise und die Verteilung der verbilligten Nahrungsmittel rechtzeitig durchgeführt werden. Hierdurch wird nicht nur die Ernährung der Millionen-Großstadt Berlin, sondern auch des gesamten Volkskörpers aufs schwerste bedroht. Angesichts der furchtbaren Lage, in der sich der Staat infolge des unglücklichen Ausgangs des Krieges befindet, muß jetzt das Wirtschaftsleben unbedingt mit allen Mitteln wieder in Gang gebracht werden, um das Land vor dem Zusammenbruch und die Bevölkerung vor weiterem Hunger zu bewahren. Schwere Herzen, aber im Bewußtsein der ersten, mir vor dem Volke obliegenden Verantwortung, sehe ich mich daher genötigt, nunmehr die Aufnahme des Betriebes mit äußersten Mitteln durchzuführen. Die Beamtenschaft ist sich zum allergrößten Teil ihrer Pflicht gegenüber dem Volks-

gängen bewußt und bereit, gemeinsam mit zahlreichen gleichgesinnten Arbeitern den Verkehr vor dem Erliegen zu bewahren. Alle diese Kreise der Beamten und Arbeiter werden es nicht nur als notwendig, sondern es geradezu als eine Erleichterung des auf ihnen lastenden seelischen Druckes empfinden, wenn ich nunmehr folgendes distinkte:

Arbeiter, die nicht bis spätestens Donnerstag den 3. Juli ihren Dienst wieder aufnehmen, sind entlassen; ebenso erhalten Beamte, die nicht bis zum gleichen Tage ihren Dienst wieder aufnehmen, ihre Entlassung nach den disziplinarischen Bestimmungen. Für die Sicherung der Arbeitsfreiheit ist Sorge getragen.

Der Truppeneinmarsch in Hamburg.

WZ. Hamburg, 1. Juli. Wie wir erfahren, ist der Einmarsch der Reichswehrtrouppen in Hamburg allenthalben ohne Schwierigkeiten vorangetragen. In vielen Punkten kam es zu Reibereien, wobei auch mit der Schußwaffe vorgegangen werden mußte. So viel bis jetzt bekannt ist, ist ein Toter zu beklagen. Mehrere Zivilpersonen wurden verwundet. Der Freihafen, der unter strenger Bewachung steht, ist vollkommen gesichert. Für die nächsten zwei Tage ist eine allgemeine Waffenaufgabe angeordnet worden.

Ein teuflischer Plan vereitelt.

Hamburg, 1. Juli. Der Freihafen mit seinen gewaltigen Lebensmittellagern liegt absichtslos dem Kampfegefehr und war ansehnend nicht in Gefahr. Die zum Freihafen führenden Zugänge waren von Volkswehrern besetzt, die aber ihren Posten verlassen hatten. Die Infanterie des Gefängnisses waren in Freiheit gesetzt worden. Dunkle Elemente, die zum Teil von dort herstammten, sind nun an die Mitglieder des Seemannsbundes herangetreten, ihnen bei der beabsichtigten Zerstörung der Lager durch Sprengung beihilft zu sein. Diese teilten den Plan sofort ihrer Bundesleitung mit, die sich mit dem Leiter der Hafensicherheitsstruppen Georges in Verbindung setzte, um das Attentat zu verhindern. Zuverlässige Mitglieder des Seemannsbundes wurden mit Waffen versehen und bezogen unter Führung ihrer Vertrauensleute die verlassenen Posten, so daß eine Vernichtung der Lebensmittellager unmöglich gemacht wurde.

Aussicht zur Reichsschulkonferenz.

Das Reichsministerium des Innern hat das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wie außerdem sämtliche Unterrichtsbehörden der Bundesstaaten aufgefordert, Vorschläge zu machen für die Verhandlungen der von dem Reichsministerium in Aussicht genommenen Reichsschulkonferenz. Im Zusammenhang damit hat der Unterrichtsminister das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht ersucht, in seinem pädagogischen Ausschuss einige wichtige Fragen der Schulorganisation, insbesondere die der sogenannten Einheitschule, zu erörtern.

Die Verhandlungen haben am 20. und 21. Juni d. Js. unter Zugiehung von Vertretern der hauptsächlichsten Lehrerorganisationen und von Hochschullehrern stattgefunden. Man einigte sich über eine Reihe allgemeiner Grundsätze für die Neugestaltung des Schulwesens, von denen folgende bemerkt zu werden verdienen:

Das gesamte öffentliche Schulwesen soll auf einer gemeinsamen Grundschule aufgebaut und vom Geiste der Selbstverwaltung und Selbstregierung durchdrungen sein.

Die neue Schulorganisation muß alle die mannigfachen Schulklassen, die sie den Begabungen und Berufen gemäß einzurichten hat, in festerer Abgrenzung aufbauen, in einheitlichem System mit unendlich zahlreichen Uebergangsmöglichkeiten bringen und unter einheitliche behördliche Leitung stellen.

Alle Schulgesetze dürfen nur Rahmengesetze sein, innerhalb deren die Freiheit der einzelnen Schulträger nicht beeinträchtigt werden darf.

Von Einzelheiten der Neugestaltung, über die man sich mit großer Mehrheit verständigte, seien folgende erwähnt:

Die gemeinsame Grundschule muß mindestens vierjährig sein; es soll aber den Schulträgern gestattet sein, den gemeinsamen Unterricht bis zu sechs Jahren weiter auszubauen. Versuche mit der weiter ausgebauten Grundschule sind in möglichst weitem Umfang ohne Verzug zuzulassen.

Als gradlinige Weiterführung der Volksschulen sollen Aufbauschulen als neue Form der höheren Schulen eingerichtet werden.

Die Aufbauschule ist vornehmlich als Sammelstätte einzurichten zur Aufnahme der besonders benachteiligten Schüler und Schülerinnen vom Lande und aus kleinen Städten.

Neben den Ausbau der einzelnen Schulklassen, insbesondere der Aufbauschule und der Mittelschule des Gesamtschulwesens mit Einschluß des Fortbildung- und Fachschulwesens, sowie über die Fragen der Lehrerbildung und der Schülerauslese sollen noch besondere Ausschussberatungen stattfinden.

Preussische Landesversammlung.

37. Sitzung, 1. Juli.

Auf eine Anfrage des Abg. Tegeeder (Deutschnat.) wegen Entfernung von Bildern der kaiserlichen Familie aus den Schulen in Bochum durch den Arbeiterrat erwidert

Auktionsminister Gaenisch:

Im Februar und März häuften sich die Klagen, daß Bilder der kaiserlichen Familie in den Schulen wieder angebracht, ja zum Teil neu angeschafft worden seien. Darauf verfügte ich in meinem Erlass vom 29. März, daß ein solches Vorgehen durchaus unzulässig sei. Es hieß darin, daß, so wenig ich Bilderhändler billige, ich andererseits ebenso streng gegen Ausstellungen einschreiten würde, die sich gegen die Neuordnung der Dinge richteten. Zu meinem Bedauern ist die Wendung „Bilderhändler“ so aufgefaßt worden, als verurteile die Staatsregierung jede Entfernung solcher Bilder. Die Arbeiterräte in Bochum haben allerdings ihre Befugnisse überschritten, was von der Regierung entschieden mißbilligt wird. Ich erkläre ausdrücklich, daß zwar jedermann in seiner Privatwohnung so viel Kaiserbilder anbringen kann, wie er will, aber in öffentlichen Schulen darf keine Verherrlichung des alten kaiserlichen Deutschlands mehr Platz haben. (Große Unruhe rechts, Zustimmung links) Sie können dort ebenso wenig geduldet werden, wie das früheres kaiserliche Deutschland republikanische Abzeichen in seinen Schulen geduldet hätte. (Sehr richtig) Darum habe ich meinen Erlass dahin erweitert, daß mit selbstverständlicher Ausnahme von Kunstwerken, wie der Darstellung des Alten Fritz von Menzel, des Bismarck von Denbach, die Kaiserbilder durch die Schulaufsichtsbehörden aus den Schulen entfernt werden sollen, aber nicht demonstriert, sondern möglichst unauffällig, am besten während der großen Ferien. (Große Unruhe rechts.)

Eine Anfrage des Abg. Degenhart und Genossen (Dem.) ersucht um Auskunft über die Vorgänge im Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt am Sonntag den 15. Juni und über deren Veranlassung.

Ein Regierungskommissar gibt eine kurze Darstellung der Vorgänge. Es sei von einer Versammlung von Eisenbahnern die Absetzung des Direktionspräsidenten verlangt worden. Es habe sich ein Demonstrationzug daran angeschlossen. Diefem seien Tafeln vorangetragen worden mit der Aufschrift: „Es lebe die Diktatur des Proletariats!“ und „Nieder mit der Regierung!“ Daraus allein schon ergibt sich, daß politische Momente der Demonstration zugrunde gelegen hätten. Die Regierung habe einen Kommissar zur Untersuchung an Ort und Stelle abgesandt.

Der Antrag der Demokraten auf Annahme eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit, von Strafmilderung bei ehrengerichtlichen Strafen und ehrengerichtlichen Verfahren der Herzge wird von dem Abg. Dr. Abderhalden (Dem.) zur Annahme empfohlen und von den Abgg. Gölbel (Ztr.), Dr. Beil (U. S.) und Freymant (Soz.) befürwortet.

Nach Ablehnung des Antrags Leidig (D. Sp.) auf Ausschussberatung wird der Antrag in zweiter Lesung ohne Erörterung unbenutzt angenommen.

Es folgt die Beratung des Gesetzesentwurfes über weitere Beihilfen zu Kriegsmohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die Vorlage wird nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 1 Uhr: Kleins Vorlagen. Weiterberatung. Ministerium für Handel und Gewerbe.

Ueber einen Antrag auf Abhebung eines Punktes von der Tagesordnung muß im Sammelgespräch abgestimmt werden. Es ergibt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses. — Schluß 6 Uhr.

Aus aller Welt.

Vier Millionen Mark Steuern hinterzogen. Große Steuerhinterziehungen haben sich die Gesellen Rohproduktengroßhändler Otto Bibbert in Barmen zu Schulden kommen lassen. Nach der „Barmen Ztg.“ künftigen Verurteilung, wonach der Gesamtbetrag der hinterzogenen Steuer vier Millionen Mark übersteigen soll. Bibbert verhielt sich vergeblich, seine Kriegsgewinne ins neutrale Ausland zu bringen. Nachdem zunächst seine Frau verhaftet worden war, hat er sich jetzt selbst den Behörden gestellt.

Auf einen sehr merkwürdigen Einfall geriet infolge der Nahrungsmittelknappheit eine in Rölln wohnende Witwe aus dem Posenen Kreis Pilehne. Um sich unerlaubter Weise Nahrungsmittel zu verschaffen, hat sie im ganzen in sieben Fällen bei verschiedenen Standesämtern fälschlicherweise Geburten angemeldet. Mit der standesamtlichen Urkunde begab sie sich dann zu den Lebensmittelverorgungsstellen und erhielt dort die vorgeschriebenen Nahrungsmittel und Stärkungsmittel für Mutter und Kind, ein Verfahren, das im Anbetracht der Notlage des gesamten Volkes und namentlich der Kinder gar nicht scharf genug verurteilt werden kann. Trotzdem wurde sie vom Schwurgericht nur zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Letzte Telegramme.

Reichstagswahlen im Januar.

Weimar, 2. Juli. Aus parlamentarischen Kreisen wird mitgeteilt, daß die Neuwahlen zum Reichstage voraussichtlich im Januar stattfinden werden.

Die große Vermögensabgabe.

Berlin, 2. Juli. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus Weimar, daß der Entwurf über die

Die neuen Steuern.

Von hervorragender parlamentarischer Seite wird uns mitgeteilt:

Die ersten neuen Steuern sind der Nationalversammlung nunmehr zugegangen. Sie sind schon seit langer Zeit angekündigt und wurden — soweit man von einer Sehnsucht nach Steuererleichterungen überhaupt sprechen kann — sehr lebhaft erwartet. Denn man hatte auf allen Seiten die berechtigste Empfindung, daß es höchste Zeit sei, mit der Kreditwirtschaft im Reiche Schluß zu machen und unser Finanzwesen auf die feste und gesunde Grundlage steuerlicher Deckung zu stellen. Schließlich wird man es auch verstehen, daß das Publikum den lebhaften Wunsch hatte, zu wissen, woran man mit den Steuern sei, damit man im Leben und Wirtschaften sich danach einrichten könnte. Wenn trotzdem die Vorlegung der Entwürfe sich hinausgezögerte, so lag dies an den Ereignissen, die inzwischen eingetreten sind und alle Kräfte und Gedanken in Anspruch nahmen, und an technischen Schwierigkeiten der Drucklegung. Jetzt haben wir die erste Serie in Händen. Sie besteht aus vier Entwürfen: dem Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919; eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs; eines Grund- und Gewerbesteuererleichterungsgesetzes und eines Vermögenssteuergesetzes. Die übrigen Entwürfe (Einkommensteuergesetz, Tabaksteuergesetz, Zuckersteuergesetz, Zinssteuergesetz, Spielartensteuergesetz und Abgabensteuergesetz) dürften in den nächsten Tagen folgen.

Überblickt man die schon jetzt vorliegenden vier Entwürfe, so zeigt sich, daß sie von sehr verschiedener Gestalt und Art sind. Die ersten beiden gehören in das Gebiet der direkten, die letzten in das der indirekten Abgaben. Jene stellen einmalig, diese fortlaufende Einnahmen dar; und die Vermögensabgaben sind in ihrem Ertrage von ganz anderer und größerer Bedeutung als die Steuern, die auf den Grund- und Gewerbesteuererleichterungsgesetz beruhen. Diese Unterschiede werden sich mehr oder minder auch bei den noch ausstehenden sechs Entwürfen zeigen. Sie bringen eine gewisse Ungleichmäßigkeit in das Gesamtbild. Aber man wird sich damit abfinden müssen, indem man erwägt, daß die Not der Zeit uns zwingt, alle Quellen zur Erlangung von Einnahmen und Deckungsmitteln zu erschöpfen, die überhaupt erschlossen werden können. Jedenfalls wird

man mit dem Vorwurf der Systemlosigkeit zurückhalten müssen, bis man das Ganze überblickt. Erst dann wird man das Gesamturteil abgeben können.

Unter dem „Ganzen“, das man vor sich haben muß, darf man aber nicht etwa nur die 10 Entwürfe verstehen, die uns zunächst in die Hand gedrückt werden. Obgleich sie bereits eine ganz ungeheure Steuerleistung darstellen werden, sind sie doch erst die Einleitung für die Finanzreform, die wir brauchen. Man kann ruhig sagen, daß das Hauptstück dieser Reform noch aussteht. Der Gesamtbedarf ist so ungeheuer, daß Steuern, die bisher als ganz unentbehrlich gegolten hätten, kaum mehr als Tropfen auf den heißen Stein darstellen. Die Generaldebatte über die jetzt vorliegenden Steuern wird der Regierung und der Volksvertretung Anlaß geben, sich mit der Frage zu befassen, wie groß eigentlich die Summe ist, die gedeckt werden muß, und auf welchen Wegen man glaubt, sie decken zu können. Allgemeine Verbrauchsabgabe, Ausbau der Umsatzsteuer, Produktionssteuer, Monopole, Reichsbeiträge — das sind einige der Fragen, die neben denjenigen, die bereits eine Verantwortung in formulierten Fassungen gefunden haben, das Hauptinteresse beanspruchen und den größten Raum in den Erörterungen einnehmen dürften. Naturgemäß besteht immer noch das Hindernis, daß eine genaue und endgültige Uebersicht über den Umfang der Bedürfnisse noch nicht möglich ist. Die unglückseligen Friedensbedingungen verhindern es. Es ist nicht gelungen, wenigstens eine Höchstgrenze für die Forderungen der Entente an uns festsetzen zu lassen, so daß dieses Moment der Unsicherheit in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung bestehen bleibt. Wir müssen uns damit abfinden, und dürfen uns dadurch jedenfalls nicht abhalten lassen, unverzüglich an die umfassende Neuordnung unserer Finanzgebarung heranzutreten.

Bei dieser Neuordnung wird es sich jedoch nicht lediglich um Steuern und Abgaben als solche handeln. Ein sehr wesentlicher Teil der Aufgabe besteht darin, dafür zu sorgen, daß diese Steuern und Abgaben auch wirklich eingehoben werden. Die Neigung, sich den finanziellen Pflichten gegenüber dem Staate zu entziehen, ist an sich schon groß; sie ist durch die Abstumpfung des Rechtsgefühls, wie es durch den Krieg und seine Folgen leider auf allen Gebieten zu beobachten ist, noch gesteigert; und sie wird mit der Vermehrung der Steuerlasten ins Unermeßliche wachsen. Hier wird man einsetzen müssen,

wenn man die Steuergesetze nicht zum wesentlichen Teil bloß auf dem Papier haben, sondern auch wirklich dasjenige einbringen will, was sie verheißten. Das vor wenigen Tagen angenommene Gesetz, das die Regierung ermächtigt, in gewissem Umfange das Bankgeheimnis aufzuheben, ist bereits ein Wetterleuchten. Man wird es bei weiteren Maßnahmen in derselben Richtung nicht fehlen lassen dürfen; und wenn auch strenge Strafen unentbehrlich sind, so darf man sich erfahrungsgemäß auf ihre abschreckende Wirkung allein nicht verlassen. Eine technisch verfeinerte Veranlagung, die befähigt ist, allen Schlichen und Kniffen gerissener Steuerhinterläuterer nachzuspüren, muß die Grundlage des Aufbaus unseres neuen Steuerwesens bilden. Die in Vorbereitung befindliche Abgabenordnung ist dazu bestimmt, diesem Ersparnis zu genügen.

Deutsche Nationalversammlung.

43. Sitzung, Dienstag, 1. Juli.

Nach Erledigung von mehreren kleinen Anfragen tritt das Haus in die Beratung des Berichts des Haushaltsausschusses über die

Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland.

Der Ausschuss-Berichterstatter Abg. Althoff (Z.) hat die Verordnung zu einem Gesetzentwurf umgearbeitet, der in seinem Paragraph 1 bestimmt, daß die Bundesstaaten verpflichtet sind, gemeinnützige Siedlungsunternehmungen zur Schaffung neuer Siedlungen und Hebung der bestehenden Kleinbetriebe zu bilden.

In der Debatte erklärt

Abg. Schmidt (Dem.):

Die Verteilung des Grundes und Bodens ist eine alte Frage, die uns aber durch den Krieg doppelt nähergerückt ist. In den Bezirken des Großgrundbesitzes hat die größte Abwanderung stattgefunden, weil die Leute dort keine Existenzbedingungen finden. In Schlesien haben sich neben Gütern von 15 000 Morgen in der Hand eines Besitzers einige 20 000 Morgen, die nicht einmal 10 Morgen umfassen. Es müssen in der Landwirtschaft weniger Großbetriebe und mehr Kleinbetriebe geschaffen werden. Der Großbetrieb mag im Kriege vielzucht an Getreide und Kartoffeln mehr geschaffen haben, als der Kleinbetrieb, aber dieser liefert an sonstigen Erzeugnissen, wie Butter, Fett, Eiern, Fleisch, aus derselben Fläche

schafflichen Formen sehr mangelhaft sind, wenn sie das zum Unrecht stempeln, was aus eines ehelichen Mannes Herzen kommt. Und ich werde ganz sicher nicht vergessen, daß Sie für solch einen Fehler nicht verantwortlich gemacht werden können. — Sie waren lange in Ausstrahlung, wie man mir sagte?

Die beiden jungen Menschen saßen sich gegenüber und sprachen warm und herzlich miteinander.

Ralf neigte das Haupt.

„Ja, Komtesse, jahrelang habe ich dort in der Wildnis gelebt. Außerdem bin ich der Sohn eines schlichten Handwerkers, und meine Mutter ist die Tochter eines armen Dorfschulmeisters. Mir hat niemand gesagt, was zum guten Ton Ihrer Gesellschaft gehört. Ich weiß, in Ihren Kreisen pflegt man von einem Manne, wie ich einer bin, zu sagen: Ihm fehlt die Kinderstube.“

Sie schüttelte lächelnd den Kopf.

„Das wird von Ihnen ganz gewiß niemand behaupten können. Ich kenne eine ganze Anzahl Menschen, die eine sehr gute Kinderstube hatten, und doch nicht besitzen, was Ihnen in reichem Maße eigen ist.“

„Was wäre das Komtesse?“

„Lieb und freundlich sah sie ihn an.“

„Herzensakt, Herr Janßen. Den besitzen Sie jedenfalls in hervorragendem Maße.“

Sieine Augen strahlten auf.

„Diese Jugend hat mir wohl meine gute Mutter vererbt. Sie ist eine schlichte Frau, aber ihr Herz ist voll Güte. Ich habe sie nie etwas tun sehen, was nicht menschlich schön und gut gewesen wäre.“

Ein wehmütiges Empfinden befiel ihn Tagmar.

Wie beneidenswert war er, daß er so von seiner Mutter sprechen konnte.

„Es ehrt Sie und Ihre Frau Mutter, daß Sie so von ihr sprechen. Ihre Frau Mutter lebt bei Ihnen in Berdorf, nicht wahr? Ich habe Sie zuweilen mit einer alten Dame mit weißem Haar im Wagen fahren sehen.“

„Ja, das war meine Mutter.“

„Darf ich fragen, weshalb Sie so zurückgezogen in Schloß Berdorf leben, weshalb Sie keine Besuche in der Nachbarschaft machen?“

Er sah ihr ernst in die Augen.

„Weil ich ganz genau weiß, daß ich für meine aristokratischen Nachbarn nichts bin, als ein Emporkömmling, dem man tunlichst aus dem Wege geht. Es liegt nicht in meiner Natur, mich aufzudrängen. Deshalb bleibe ich für mich.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Fortsetzung der Erzählung erfolgt in der nächsten Nummer.

ich alles übersehen kann. Dagegen stelle ich aber die Bedingung, daß die Damen in keiner Weise mehr belästigt werden dürfen. — Sie sind ohne dies außerordentlich, Ihnen irgendwelche Auskünfte zu geben oder Ihre Forderungen abzuschätzen und zu bewilligen. Das müßten Sie als Geschädigte eingesehen haben. Dies Frauenhaus ist überhaupt nicht der Ort, derartige Geschäfte zu erledigen. Erst muß doch vor allen Dingen der verstorbenen Herr dieses Hauses in Frieden beerdigt werden. Dann ist es an der Zeit, Ihre Ansprüche geltend zu machen. Ich schlage Ihnen vor, Sie kommen nach drei Tagen zu mir nach Berdorf. Inzwischen nehme ich Rücksprache mit Herrn Bankier Volkmann, und dann werde ich Ihnen Vorschläge machen, wie hier alles geregelt werden kann. Ich sage Ihnen nochmals, Sie kommen zu Ihrem Rechte, wenn Sie sich gedulden, und bitte Sie dringend, die Damen nicht mehr zu belästigen. Sind Sie damit einverstanden?“

Die Gläubiger saßen sich an. Sie mußten sehr wohl, daß die Angelegenheit jetzt in den besten Händen war. Des Australiers Wort war so gut, wie bar Geld. So bekamen sie sich nicht lange. Sie erklärten sich einverstanden, und wenige Minuten später hatten sie Schönan verlassen.

Die Komtesse trat aufatmend mit Ralf in das Zimmer zurück. Mit einem leuchtenden Blick sah sie zu ihm empor und ergriff seine Hand.

„Gottlob, nun sind sie fort! Lassen Sie mich Ihnen Dank sagen, Herr Janßen.“

Ein gutes, frohes Lächeln erhellte sein ernstes Gesicht.

„Wozu danken, Komtesse? Sie haben doch gesehen, daß es gar nicht schwer war, mit den Herren fertig zu werden.“

„Ihnen ist dies freilich überraschend schnell gelungen. Sie müssen einen Dankvermerk beifügen. Aber meinen wärmsten Dank müssen Sie doch entgegennehmen.“

Er sah verlegen aus.

„Bitte, sprechen Sie nicht von Dank — das beschämt mich. Wollen Sie mir unbedingt danken, so tun Sie es dadurch, daß Sie mir Ihr volles Vertrauen entgegenbringen, und daß Sie prompt über irgendwelche gesellschaftliche Fehler hinwegsehen, die mir in einem Verkehr mit Ihnen und Ihrer Frau Mutter unterlaufen sollten.“

Mit großen, ernsten Augen sah sie ihn an.

„Meines Vertrauens können Sie unbedingt sicher sein, Herr Janßen. Und was Sie von gesellschaftlichen Fehlern sprechen, ist wohl überflüssig. Ich glaube nicht, daß Ihr taktvolles Wesen solche Fehler zuläßt. Sollte es aber doch der Fall sein, daß Ihnen solch ein kleiner Verstoß gegen die hergebrachte Sitte unterlaufen würde, so würde ich mir sagen, daß unsere gesell-

stamte den 3 Reichswaisenhäusern hierzu mind.
1 629 500 Mk. Aufschüsse gezahlt, darunter im letzten
Geschäftsjahre 98 200 Mk. Da die freiwilligen Gaben
aber infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der
Spenden geringer, die Ausgaben der Waisenhäuser
durch die allgemeine Teuerung aber größer werden,
so wurde auf der Hauptversammlung trotz der günstigen
Sammelvergnisse des abgelaufenen Geschäfts-
jahres allseitig betont, wie notwendig es sei, alle
Kräfte anzuspannen, um den Bestand der 6 Reichs-
waisenhäuser sicher zu stellen und daneben, wenn
möglich, Gelder zu sammeln zum Bau weiterer
Reichswaisenhäuser, da die jetzigen vielfach
überfüllt seien und trotzdem dem Andrang nicht
geehrt werden könnten. Um Waisenkinder nicht weiter
abweisen zu müssen, hat die Oberfeldschule Anfang
dieses Jahres schon eine unentgeltlich arbeitende
Vermittlungsstelle von Waisenkindern in anderen
Waisenhäusern eingerichtet.

Um aus dem Namen der Firma von Jülich dieselben ziehen zu können (und aus anderen Gründen), wurde weiter beschlossen, die Firma in „Reichsverband für Baifensfürsorge, Deutsche Reichsfürsorge“ umzuwandeln. (Die frühere Bezeichnung erklärt sich daraus, daß im launiger Gründungsstunde, in der im Jahre 1890 mit einem gesammelten Kapital von 9,72 M. das jetzt große gewerbliche Unternehmen begonnen wurde.

den Mitgliedern die Aufgabe gestellt wurde, für die
Waisen weder zu „setzen“ (= zu betteln!) Mög-
lichst dieser milden Stiftung, in der alle Mitglieder
ehrenamtlich und unentgeltlich tätig sind, beschrie-
ben, zum besten unserer armen Waisenkinder und
somit auch unseres Vaterlandes erfolgreich weiter
zu wirken.

"Ich verlaugte, daß diese Sünden gegen Sie
sagt hat", erwiderte die Rentfelle. Sie fühlte sich
unendlich ruhig und sicher an seiner Seite.
Die Gläubiger sahen sich an, als wollten sie
fragen: Wie sollen wir das verstehen?
Hans ließ sie darüber nicht lange im Zweifel
stehen: "Ich muß mir erst einmal genau darüber
klar werden, was hier geschehen muß, um alles
zu verstehen. Hierher ich gebe Ihnen mein Wort,
daß jeder von Ihnen zu seinem Rechte kommen
wird, wenn Sie in Frage abwarten wollen, bis

Kampfstelle, Berlin W. 50, Seibergstraße 2, gibt gleichzeitig Auskunft über weitere Beratungsstellen, die im Reich bestehen.

f) in den Vereinen vom Roten Kreuz, und zwar bei dem, der dem Heimatbezirk am nächsten liegt. Im Zweifelsfalle gibt über den zuständigen Verein Auskunft ein aus Russland oder Rumänien Zurückgekehrter der „Hamburgische Volksverein vom Roten Kreuz, Ausschuss für deutsche Kriegsgefangene, Frankfurt a. M., Zeit 114“.

g) im Heimatbund für heimkehrende deutsche Kriegs- und Zivilgefangene, Berlin W. 23, Sigmundshof 1 (Bahnhof Tiergarten).

h) für kriegsschädigte Kriegsgefangene in den Fürsorgestellen der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Alle Erstattungsanträge sind grundsätzlich auf dem Dienstwege vorzulegen.

Anträge auf dem Dienstwege vorlegen heißt: sie der dem Antragsteller nächststehenden militärischen Dienststelle (Durchgangslager, Bezirkskommando, Truppenteil, Lazarett) unmittelbar oder durch Vermittelung einer Fürsorgestelle einreichen, die sie nach Sachlage selbst bearbeitet oder weiterleitet.

Beschwerden sind beim Kriegsministerium, Fürsorge-Abteilung für zurückgekehrte Kriegsgefangene, anzubringen, sofern der Antragsteller innerhalb angemessener Frist (8 Wochen) nicht beschieden worden ist.

* Ein Schwindler gibt gegenwärtig in unserem Kreise ein „Gastspiel“. Er trägt Soldatenuniform und Matrosenmütze und verkauft Eintrittskarten für sogenannten Abende einer reisenden Künstlergesellschaft, ohne von dieser dazu ermächtigt zu sein. Hoffentlich gelingt es der Polizei, den Betrüger, vor dem hiermit gewarnt wird, bald dingfest zu machen.

* Schlesischer Provinzial-Kriegerverband. Im Konjunktionshaus hielt der Provinzial-Kriegerverband für Schlesien seine diesjährige Tagung ab, zu der 50 Kreisverbände ihre Vertreter entsandten hatten. Als Vertreter des Bundes war Geh. Reg.-Rat Westphal erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte der Vorsitzende, Generalleutnant von Paczensky im Namen des Vorstandes, daß an den Präsidium Ebert und die Deutsche Nationalversammlung Telegramme abgesendet werden. Die Versammlung stimmte dem zu. Nachdem der Schriftführer, Rittmeister v. L. a. D. Matthias und der Kassensführer, Geh. Reg.-Rat, Major v. N. Gröbner ihre Jahresberichte erstattet hatten und die notwendigen Ergänzungswahlen für den Vorstand vorgenommen worden waren, wurden die Vorlagen für die Krieger-Abgeordnetentage in Kassel durchberaten. Der Verschmelzung des Kyffhäuserbundes mit dem Deutschen Kriegerbunde wurde zugestimmt. Die Frage, ob für 1920/21 eine außerordentliche Beitragserhöhung von 15 Pfg. pro Kopf und Jahr bewilligt werden solle, wurde mit 44 gegen 4 Stimmen verworfen. Als Vertreter des Provinzialverbandes in Kassel wurden Generalleutnant von Paczensky und Geh. Reg.-Rat Gröbner gewählt. Eigene Vertreter wollen außerdem senden die Kreisverbände: Breslauer Kriegerverein, Gleiwitz, Glogau, Görlitz, Grünberg, Krummholz, Hirschberg, Sprottau und Waldenburg. In die Reichsregierung soll eine Eingabe gerichtet werden, welche dringend die baldige Freigabe der Gefangenen fordert.

* Neuer Tarifvertrag für die niederschlesische Textilindustrie. Die Bezirksgruppe Landeshut des Arbeitgeberverbandes schloß mit den Arbeitnehmerverbänden einen neuen Tarifvertrag, der nach einem besonderen Tarifsystem bezüglich Beschäftigungsart u. v. erhebliche Lohnaufbesserungen bringt. Der Vertrag, der rückwirkend vom 15. April ab in Geltung tritt, legt die 48stündige Arbeitswoche bei freiem Sonnabendnachmittag fest und ist bis zum 30. September un kündbar. Der erwachsene Weber verdient dann künftig einen Stundenlohn von 1,00 bis 1,25 Mark.

* Die Lüdendorff-Spende. Der Hauptarbeitsausschuß der Lüdendorff-Spende hat seine Tätigkeit beendet und versendet seinen Schlussbericht, dem ein ausführlicher Prüfungsbericht über die Geschäftsführung seiner Hauptgeschäftsstelle beigegeben ist. Dem Bericht entnehmen wir, daß bis zum Mai dieses Jahres rund 155 Millionen Mark zur Lüdendorff-Spende aufgebracht sind. Die Beträge befinden sich durchweg in den Händen der Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, die sie zur ergänzenden Fürsorge für Kriegsbeschädigte verwenden. Dem dem Reichsarbeitsministerium angegliederten Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sind aus den Sammlungen der Lüdendorff-Spende rund 10 Millionen Mark verblieben, die als Ausgleichsfonds für wirtschaftlich schwächere Landesstellen sowie zur Unterstützung allgemeiner Einrichtungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge dienen.

* „Frau“. Der preussische Minister des Innern, Heine, hat aus Anlaß eines Eingekommenes folgende Verfügung vom 13. Juni 1919 erlassen: „Die Bezeichnung „Frau“ für eine Angehörige des weiblichen Geschlechts ist nicht gleichbedeutend mit „Chefrau“. Sie ist weder eine Personstandsbezeichnung, noch ein Teil des Namens, noch ein Titel, der verliehen werden müßte oder könnte. Es kann deshalb auch keiner lebigen Frau verliehen werden, sich „Frau“ zu nennen. Die Verfügung des Ministers des Innern vom 31. Juli 1889, die der erlassenen Ansicht Ausdruck gab, und die darauf gestützte Praxis, wonach die Bezeichnung „Frau“ als Titel oder königliche Gunstbezeichnung verliehen wurde, entbehren eines Rechtsgrundes und entsprechen nicht den heutigen Lebensverhältnissen und Tatsachen. Ich werde deshalb diese Verfügung nicht mehr anwenden lassen.“

* Die Reichsstelle für Schuhversorgung teilt als wichtig für industrielle Unternehmungen, Bergwerksbetriebe usw. mit: Vom 1. Juli d. J. ab werden die Kriegsausschüsse aufgelöst und kommen als Prüfungsstellen für Bedarfsmeldungen usw. in Betracht. An ihre Stelle treten die ihrer Aufsicht unterstellten Gewerbeaufsichtsbeamten (Gewerbeinspektoren). Für private Klein- und Nebenbahnen tritt als Prüfungsstelle diejenige Staatsbehörde ein, die für die technische Beaufsichtigung der Betriebe zuständig ist. Für die übrigen privaten Betriebe, die nicht der Aufsicht einer der vorerwähnten Stellen unterstehen, geht die Zuständigkeit der Kriegsausschüsse auf die Kommunalverwaltungen des Betriebsortes über.

fr. Gottesberg. Der Evangelische Männer- und Junglingsverein hörte am Montag einen interessanten Vortrag von Pastor Altmann über „Eine Wanderung durch die deutsche Heimprach-Literatur“.

* Weiskstein. Kath. Arbeiterverein. In der Versammlung des katholischen Arbeitervereins wurde das Andenken ihrer verstorbenen Mitglieder geehrt. Gewerkschaftssekretär Ernst Waldburg sprach dann über die Aufgaben der katholischen Arbeitervereine und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter in der Gewerkschaft.

Z. Nieder Salzbrunn. Familienabend des Evangel. Bundes. Am Sonntagabend fand im Gasthof „zur Eisenbahn“ vom Zweigverein des evangelischen Bundes ein Familienabend vor überfülltem Saale statt. Der Vorsitzende, Bibliothekar Endemann, entbot den zahlreich Erschienenen seinen Willkommensgruß. Sämtliche Darbietungen, bestehend in Gesangsvorträgen, Vorträgen von Gedichten der Herren Postverwalter Jankel und Hauptlehrer Vange Diebichau, Kindergefangen und Deklamationen, sowie Theateraufführungen von Kindern, fanden wohlverdienten Beifall. Pastor prim. Gembus dankte allen, die sich um den Abend verdient gemacht, gleichzeitig bemerkend, daß ein Teil der Einnahme für unsere Kriegsgefangenen Verwendung findet.

* Reuergicht. Unfall. Der 72 Jahre alte Stellenbesitzer Jung von hier verunglückte zu Tode, indem er bei dem Bemühen, einen Holzsteg des hochangeschwellenen Dorfbaches zu entfernen, in den Bach fiel und ertrank.

Neues vom Tage.

Die Heirat der Fürstin Windischgrätz.

Das Wiener Landesgericht hat die Klage des ehemaligen Fürsten Otto Windischgrätz gegen dessen Gattin Elisabeth Marie, geborene Erzherzogin von Oesterreich, Tochter des verstorbenen Kronprinzen Rudolf, auf Scheidung von Tisch und Bett aus Verschulden der Beklagten zu verhandeln. Als Scheidungsgründe werden Verletzungen der ehelichen Treue und Ehebruch, unmordentlicher Lebenswandel, durch den die guten Sitten der Familie gefährdet wurden, sehr empfindliche wiederholte Kränkungen, grobe Verletzungen der guten Sitten und Verletzungen der ehelichen Pflichten in Ansehung der Kinder geltend gemacht.

Die Anklageschrift führt unter anderem aus, daß Fürstin Windischgrätz bereits kurz nach der Ehe ihren Mann durch Hochmut und Herrschsucht in unerhörter Weise bedrückt habe. Das sinnliche Begehren, das den so hartnäckigen Wunsch der Fürstin nach ehelicher Verbindung mit Windischgrätz erweckt zu haben scheint, sei allmählich in unvorstellbaren Maß übergegangen. Der Vinienscheffleutnant Egon Lerch habe mit der Fürstin ein fast unbekanntes Liebesverhältnis unterhalten. Ihr Lebenswandel und ihr Aussehen als skandalös bezeichnet werden.

Die Anklageschrift, die zum Teil aus Anstandsgründen der Öffentlichkeit gar nicht übergeben werden kann,

schildert unter anderem Szenen in einer Bar in Pola, wo sich die Fürstin in Gesellschaft zahlreicher jüngerer Herren Unterhaltungen bedenklicher Art gewidmet habe. Was insbesondere den Fall Egon Lerch anbelange, so habe dieser zwei- bis dreimal in der Woche bei Frau Windischgrätz übernachtet. In Budapest hielt sich die Fürstin mehrere Tage mit Lerch in einem Hotel auf. Die leidenschaftliche Hingabe der Fürstin für ihn ging so weit, daß sie jede Rücksicht beiseite ließ. Im Spätherbst 1916 habe Otto Windischgrätz selbst gehört, wie sein zweiter Sohn Ernst die Fürbitte für den verstorbenen Lerch in sein Nachgebet einschließen mußte. Das Benehmen der Fürstin Windischgrätz sei schließlich derart geworden, daß es allgemeinen Anstoß erregen mußte. Selbst einen Verwandten, den Vinienscheffleutnant Alfred Windischgrätz, habe sie nach einem Souper um 2 Uhr nachts in ihr Schlafzimmer eingeladen. Die Fürstin hat eine Gegenklage eingebracht, die ihren Gatten des Ehebruchs und der Verschwendungssucht beschuldigt.

Kommerzienrat Benzli,

der Hauptinhaber der bekannten A.-G. Maschinenfabrik A. Benzli in Graubünden, hatte bekanntlich Ende v. J. seiner Arbeiterschaft die Übernahme des großen Betriebes gegen eine geringe Vergütung des Kapitals angeboten. Die Arbeiterschaft jedoch hatte das Angebot abgelehnt, weil sie die herabgehende Konjunktur befürchtete und das Risiko des Unternehmens nicht auf sich nehmen wollte. Nun teilt die A.-G. in ihrem Geschäftsbericht mit, daß die Beschaffung der Rohmaterialien so unsicher und schwierig sei, daß der Betrieb nur mit größter Mühe aufrecht erhalten werden könne. Ob dies noch lange möglich sein werde, sei nicht zu übersehen. Wie weiter mitgeteilt wird, ist der Betrieb wegen Streits usw. so unwirtschaftlich geworden, daß der Aufsichtsrat die Auflösung der Gesellschaft beschlossen hat.

Die Spiel Leidenschaft in Elbflorenz.

Mit dem künftigen Elbflorenz, das einstmal den Mittelpunkt des internationalen Fremdenverkehrs bildete, ist eine seltsame Veränderung vor sich gegangen. Die Ausbreitung des Glücksspiels und die während des langen Krieges stetig zunehmende Zahl der Kriegsgewinnler und Wucherer hat in der Hauptstadt des Freistaates Sachsen die Spiel Leidenschaft in einer Weise entfesselt, die über kurz oder lang zum Zusammenbruch mancher fragwürdiger Existenzen führen muß. In Dresden bestehen augenblicklich zwei Spielbanken, die offenbar mit Wissen der Polizei eine rege Tätigkeit entfalten. Die eine dieser beiden Spielbanken befindet sich im „Hotel du Nord“ am Dresdener Hauptbahnhof, die andere im „Vittoria-Hotel“ auf der Viktoriastraße, außerdem gibt es noch eine ganze Reihe kleinerer Spielclubs und Spielbanken, die inoffiziell nur dem Spielbedürfnis der unteren Volksschichten dienen. Die beiden genannten Spielbanken erfreuen sich des Zuprucks aus den Kreisen der Wohlhabenden. Hier erblickt man neben dem gewerbsmäßigen Großspieler und Brillantenhändler Herren aus den besten Kreisen, die am Spieltische ihr Glück versuchen. Industrielle und Kaufleute, ehemalige Offiziere und Mitglieder der Lebenswelt sind die täglichen Gäste der Spielbanken. Es ist äußerst schwer, Zutritt zu diesen Spielgesellschaften zu erhalten und nur ein blinder Zufall öffnet mir die Tür dieser nächtlichen Spielhöhlen. Von außen kennzeichnen sich die Spielhöhlen durch — Finsternis. Begeht der Spieler Einlaß, so klingelt er und ein Beauftragter prüft die Mitgliedskarte des Eintretenden, denn ohne Einlaßkarte kein Zutritt. Dann wird der Eintretende durch mehrere Zimmer und Gänge geführt, bis er schließlich die „Spielhallen“ erreicht hat. Man will sich auf diese Weise vor der Polizei schützen, ein Bänkewert am Eingange zu den Spielzimmern ist bestimmt, rechtzeitig zu warnen. In den „Salons“ herrscht reges Leben. Damen und Herren der oben erwähnten Gesellschaftskreise, mit erhabenen Gesichtern und berechnenden Blicken, prüfen die Spielchancen. Sie setzen bald an diesem bald an jenem Tische, denn meistens fungieren in diesen Spielzimmern gleichzeitig mehrere Bankhalter. Die Umsätze wachsen nicht selten ins Riesenhafte, und es kommt manchmal vor, daß die Bank an einem Abend oder richtiger in einer Nacht weit über eine halbe Million umsetzt.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Kurtheater Bad Salzbrunn.

Flachsmann als Erzieher.

Komödie von Otto Ernst.

Otto Ernsts Meisterwerk „Flachsmann als Erzieher“ ist wieder einmal über die Bühne des Kurtheaters gegangen. Durch den Mund des jungen Lehrers Flemming tut uns der Verfasser seine hohe Auffassung vom Lehrerberuf kund, und in seinem Lehrerkollegium hat er es verstanden, die verschiedenen „Typen“ des Lehrerstandes recht charakteristisch darzustellen. Der gesunde, geistreiche Humor, der durch das Stück weht, gewährt uns seinen dauernden Erfolg. Ob es im Sinne des Dichters gehandelt ist, daß Claus Niemann (Rudolf Schmidt) als Karrikatur schlüpfriger Sorte auf die Bühne kommt, und daß der an sich so fein gezeichnete Bedant Weidenbaum (Friedrich Brück) obenrein einen Hölzer haben muß, lassen wir dahingestellt. Alexander Elgeti, eine Neuerscheinung auf der Kurtheaterbühne, spielte den unfähigen und dabei verschlagenen und falschen Oberlehrer (Schulleiter) Flachsmann in den ersten beiden Aufzügen recht natürlich; im dritten trug er etwas auf. Siegfried Brud als Schulkat Dr. Prell würzte den Abend mit kostbarem Humor; er muß sich hüten, diese Rolle nicht allzu humoristisch aufzufassen. Die dankbare Rolle des Flemming hatte Paul Wiese übernommen, dem auch die Spielleitung oblag. Er spielte den begeisterten und beschäftigten jungen Lehrer, dem Otto Ernst ganz und gar seinen Geist eingehaucht hat, mit viel Geschick. Das Innenleben dieser Lehrerpersönlichkeit hätte zuweilen noch mehr hervortreten können. Unsere volle Anerkennung verdiente Rudolf Gade als Schuldiener Regendant und Josef Treßper als Lehrerin Gisa Holm. — „Flachsmann als Erzieher“ hatte seine alte Anziehungskraft ausgedehnt und wurde mit demselben Beifall aufgenommen, wie wir es von diesem Werke gewohnt sind. A. B.

Marktpreis.

Freiburg, 1. Juli. Gefestigter Höchstpreis. Pro 100 kg weicher Weizen 32,00 Mk. Gelber Weizen 32,00 Mk. Roggen 30,00 Mk. Braun-Gerste 30,00 Mk. Futtergerste 30,00 Mk. Hafer 30,00 Mk. Kartoffeln 12,50 Mk. Hen 20.— Mk. Rindfleisch 9.— Mk. Krummstroh 8,00 Mk. Erbsen —.— Mk. Bohnen —.— Mk. Butter 1 kg 7,80 Mk. Eier 1 Schuß 18,00 Mk.

Bankhaus Elchhorn & Co.,

Gegründet 1728

Telephon Nr. 35

Filiale Waldenburg i. Schl., Freiburger Str. 23a

An- u. Verkauf, Aufbewahrung u. Verwaltung von festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und Kuxen Annahme von Geldern zur günstigsten Verzinsung Annahme und Verzinsung von Beamtengehältern im Ueberweisungswege.

Vermögens- und Nachlass-Verwaltung, Vermietung von Schrankkellern unter eigenem Verschluß der Mieter. — Boleihungen — Wechsel-diskont. — Kontokorrent- und Scheck-Verkehr.

Gleichausgabe.

In der laufenden Woche ist nur ein geringer Teil des angeforderten Schlachtviehes angeliefert worden; es kann daher Fleischfleisch in dieser Woche nicht zur Ausgabe gelangen.

Es werden vom 30. Juni bis 6. Juli ausgegeben:

30 gr Wurst

170 gr Fleischkonserven

zum Preise von 1,94 Mark. Gegen Fleischkartenabschnitt 1-10 (Kinder die Hälfte) Abschnitt 1-5.

Außerdem gelangen gegen Abgabe der Lebensmittelkarte Karte Abschnitt 6 B und C

50 gr amerikanisches Brateneschmalz

zum Preise von 66 Pf. und

125 gr amerikanische Schweinefleischprodukte

zum Preise von 1,80 Mark zur Ausgabe.

Waldburg, den 2. Juli 1919.

Der Landrat.

Auslandsmehl.

In der Woche vom 7. zum 11. d. Mts. kann gegen Abschnitt 8 A der Einfuhrzulasskarte in den Verkaufsstellen für Auslandsmehl

250 Gramm Auslandsmehl

zum Preise von 1,13 Mark, oder in den Verkaufsstellen für Inlandsmehl

250 Gramm Roggenmehl

zum Preise von 13 Pf. empfangen werden.

Der Abschnitt verliert die Gültigkeit am 11. d. Mts. mittags. Waldburg, den 1. Juli 1919.

Der Landrat.

Betrifft Sonderzuweisung von Inlandsmehl.

In der Woche vom 7. zum 11. d. Mts. kann in allen Verkaufsstellen für Inlandsmehl

1 Pfund Roggenmehl

zum Preise von 26 Pf. gegen den Abschnitt 130 der Lebensmittelkarte empfangen werden. Die Verkaufsstellen haben die gesammelten Abschnitte Nr. 130 am Schlusse der betreffenden Woche der Brotmarkenkontrollstelle einzureichen. Der Abschnitt 130 verliert die Gültigkeit am 11. d. Mts. mittags. Waldburg, den 1. Juli 1919.

Der Landrat.

Zuweisung um Weizenmehl.

Da uns jetzt nur 10% Weizenmehl anteilig vom Roggenmehl zugewiesen wird, ist es uns nicht möglich, alle Verkaufsstellen und Bäckereibetriebe anteilnehmend mit Weizenmehl zu beliefern. Die Verkaufsstellen können daher nur alle 3-4 Wochen abwechselnd mit einer vollen Wochenmenge und die Bäckereibetriebe etwa alle 4-5 Wochen mit je einem Ballen Weizenmehl beliefert werden. Waldburg, den 1. Juli 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

Grosse Auktion

Freitag den 4. Juli 1919, vormittags 10 Uhr, werde ich in Waldburg in Passon's Restaurant, gegenüber vom Amtsgericht, im Auftrage:

Kleiderschrank, Bettstellen mit Matratzen, Sofa, Küchenbüfett, gute Nähmaschine, 1 Regulator, 1 Mandoline, Küchenschiff, Stühle, Kinderbettstelle, Nachtschiff, Ofenbank, 50 Paar Kriegsschuhe mit Holzsohlen, 1 Badewanne mit Ofen, Installationsarbeiten für Spülanlagen und vieles andere

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern. Die Sachen sind gebraucht und ohne halbe Stunde vor Beginn zu besichtigen.

Paul Klingberg, Auktionator und Taxator,

Waldburg, Cochiusstraße 1.

Höchstpreise.

Die Preiskommission der Provinzialstelle für Gemüse und Obst hat mit Zustimmung der Reichsstelle, Verwaltungsabteilung, folgende Erzeuger-, Groß- und Kleinhandelspreise festgesetzt:

	Erzeugerpreis Pfd. je Pfd.	Großhandelspreis Pfd. je Pfd.	Kleinhandelspreis Pfd. je Pfd.
1. Erbsen	40	50	70
2. Bohnen:			
a) Grüne Bohnen	35	50	65
b) Wachs- und Perlbohnen	45	60	75
c) Puff-(Sau-)Bohnen	20	30	40
3. Rote Möhren und Karotten aller Art einschl. der kleinen runden Karotten:			
a) ohne Kraut	22	30	40
b) mit Kraut	14	20	30
4. Kohlrabi, mit Kraut	30	38	50
vom 1. Juli d. J. ab:	20	27	35
5. Frühzwiebeln	35	45	60

Die Erzeugerpreise umfassen gemäß § 6 der Verordnung vom 3. April 1917 (RGBl. S. 307) die Kosten der Beförderung zur nächsten Verladestelle und der Verladung.

Die Erzeugerpreise sind Vertragspreise, welche gemäß § 4 der Ministerverträge der Reichsstelle für Gemüse und Obst in diese Verträge einzufügen sind. Sie sind gemäß §§ 5 und 14 der Verordnung vom 3. April 1917 (RGBl. S. 307) ebenso wie die sämtlichen festgesetzten Groß- und Kleinhandelspreise Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 (RGBl. S. 339) mit den dazu ergangenen Abänderungen.

Die Preise zu 1. und 5. gelten vom 25. Juni 1919 ab, die Preise zu 2. und 3. gelten vom 1. Juli 1919 ab, der Preis zu 4. tritt sofort in Kraft.

Breslau, den 19. Juni 1919.

Provinzialstelle für Gemüse und Obst.

Weiter veröffentlicht.

Nieder Hermsdorf, 2. 7. 19. Der Gemeindevorsteher-Stellv.
Ober Waldburg, 2. 7. 19. Gemeindevorsteher.
Dittersbach, 2. 7. 19. Gemeindevorsteher.
Bärengrund, 2. 7. 19. Gemeindevorsteher.
Neuhendorf, 2. 7. 19. Amtsvorsteher.
Dittmannsdorf, 2. 7. 19. Gemeindevorsteher.
Althain, 2. 7. 19. Gemeindevorsteher.
Neuhain, 2. 7. 19. Gemeindevorsteher.
Langwäldersdorf, 2. 7. 19. Gemeindevorsteher.
Charlottenbrunn, 2. 7. 19. Gemeindevorsteher.
Lehmhaff, 2. 7. 19. Gemeindevorsteher.

In der Maurermeister Fritz Seidel'schen Konkursache ist der Schlußtermin vom 3. Juli auf den 17. Juli 1919, vormittags 10 Uhr, verlegt worden.

Waldburg i. Schl., den 1. Juli 1919.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Nieder Hermsdorf.

Kontrollbeamte.

Bestellung des:

Bergbauers Adoli Kuchinke, Nieder Hermsdorf, Untere Hauptstraße 16, Brauers Franz Fröschl, Nieder Hermsdorf, Obere Hauptstraße 9, Bauers August Weizel, Nieder Hermsdorf, Weststraße 9, Bergbauers Ernst Franke, Nieder Hermsdorf, Untere Hauptstraße 12, Bergbauers Raimund Wolf, Nieder Hermsdorf, Untere Hauptstraße 20, und der verw. Frau Pauline Töpfer, Mittelstraße 12 a,

als Kontrollbeamten.

Die mit ausreichender Legitimation versehenen oben genannten Personen sind durch den Kreisausschuß des Kreises Waldburg und den Arbeiter- und Soldatenrat ermächtigt worden, sich an den von den Polizeibehörden des Amtsbezirks Nieder Hermsdorf vorzunehmenden Durchsuchungen von Geschäfts- und Wohnräumen auf das Vorhandensein von beschlagnahmefähigen Nahrungsmitteln zu beteiligen.

Die genannten Personen werden als Kontrollbeamte den Polizeibehörden beigegeben und sie werden sich vorher mit dem Herrn Polizeiverwalter in Verbindung setzen.

Der Herr Amtsvorsteher und die Polizeibehörden werden ersucht, die vorgenannten Personen in der Ausübung ihrer Tätigkeit zu unterstützen und ihnen nötigenfalls Schutz und Hilfe zu gewähren.

Die vorgenannten Personen versehen ihren Dienst ehrenamtlich. Waldburg, den 23. Juni 1919.

Für den Arbeiter- und Soldatenrat. Schütz.

Der Landrat. v. Götz.

Weiter veröffentlicht.

Nieder Hermsdorf, 30. 6. 19.

Der Amtsvorsteher.

Ober Waldburg.

Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung vom 2. Juni 1919 beschlossen, in Abänderung des Beschlusses vom 23. Februar 1919 an Gemeindegeldern für 1919 zu erheben:

220 % Zuschlag zur Einkommensteuer (einschl. des fäng. Satzes von 4 M.),

220 % der Realsteuern (Grund- und Gebäudesteuer),

2,2 % der Gewerbesteuer gemäß § 3 der Gewerbesteuerordnung vom 27. Oktober 1913,

50 % Zuschlag zur Betriebssteuer.

Ferner hat die Gemeindevertretung in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, auf Grund des Notgesetzes vom 4. Juni 1919 für das Steuerjahr 1919 die Steuerpflichtigen Einkommen der natürlichen Personen bis zu 800 M. entsprechend dem fingierten Steuerfiktum von 4 M. von der Gemeindecinkommensteuer freizulassen. Bei den Einkommen von 800 bis 1500 M. erfolgt die Heranziehung der bisherigen Normalsteuersätze mit 50% gleich einem fingierten Satz von 3, 4, 50, 6, und 8 M.

In den Steuerstufen von 21 bis 80 M. werden herangezogen

Einkommen	von 1500 bis 1650 M.	mit einem fäng. Satze von 13 M.	
" 1650	" 1800	" " " "	18 "
" 1800	" 2100	" " " "	23 "
" 2100	" 2400	" " " "	30 "
" 2400	" 2700	" " " "	38 "
" 2700	" 3000	" " " "	46 "
" 3000	" 3300	" " " "	57 "
" 3300	" 3600	" " " "	67 "
" 3600	" 3900	" " " "	77 "

Die Besteuerung der Einkommen von 3900 M. bis 6500 M. geschieht in der bisherigen Höhe, während bei den Einkommen von über 6500 M. auch die nach dem Gesetz vom 8. Juni 1918 für die natürlichen Personen vorgesehenen Einkommensteuersätze ebenfalls mit Gemeindecinkommenszuschlägen belastet werden, über diese Zuschlagsprozente hinaus aber nicht gegangen werden darf.

Die Entlastung der unteren Einkommen bezieht sich dabei nur auf natürliche Personen, während die stärkere Heranziehung der höheren Einkommen, sowohl auf natürliche wie juristische Personen Anwendung findet. Weiter wird in der Durchführung des Kinderprivileges bei der Veranlagung ebenso wenig geändert, wie in der Anwendung des Beamtenprivileges.

Ober Waldburg, 1. 7. 19.

Gemeindevorsteher.

Dittersbach.

Kontrolle der Kleinhandelspreise für Fleischwaren.

Es ist mir bekannt geworden, daß die Fleischverkaufsstellen trotz der ihnen übergebenen Preistafeln die festgesetzten Höchstpreise überschreiten und das Abwiegen von Fleisch- und Wurstwaren nach wie vor zusammen vornehmen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Nichtbefolgung meiner diesbezüglichen Anordnung als unzulässig anzusehen ist, die ohne weiteres die Schließung der Fleischverkaufsstelle nach sich zieht.

Inbesondere weise ich die laufende Bevölkerung darauf hin, bei Einkäufen von Fleisch- und Wurstwaren die gezahlten Beträge noch im Laden nachzuprüfen und besonders darauf zu achten, daß Fleisch- und Wurstwaren, jede Sorte für sich, gewogen und berechnet werden. Unregelmäßigkeiten irgend welcher Art bitte ich sofort mündlich oder schriftlich bei mir oder den zuständigen Ortspolizeibehörden anzugeben, damit ich in die Lage versetzt werde, unzuverlässige Inhaber von Fleischverkaufsstellen sofort strafrechtlich zu verfolgen.

Waldburg, den 25. Juni 1919.

Der Landrat.

Preisanhänge in den Fleischverkaufsstellen.

Die Polizeiverwaltungen und die Herren Amtsvorsteher des Kreises werden ersucht, darauf zu achten, daß die Preistafeln in den Fleischverkaufsstellen an einer für die Bevölkerung deutlich sichtbaren Stelle aufgehängt sind, damit jeder Käufer in der Lage ist, sich auf Grund dieser Tafeln den für Fleisch- und Wurstwaren zu zahlenden Preis zu errechnen. Diese Prüfungen haben von Zeit zu Zeit stattzufinden und ist mir sofort Anzeige über Nichtbefolgung zu erstatten.

Waldburg, den 25. Juni 1919.

Der Landrat.

Vorstehende Bekanntmachungen werden weiter veröffentlicht. In der hiesigen Gemeinde wird, wie uns mitgeteilt worden ist, auch nicht immer nach diesen Bestimmungen verfahren. Die Fleischverkaufsstellen werden deshalb zur genauesten Beachtung der vorstehend abgedruckten Bestimmungen angehalten. Zuwiderhandlungen werden künftig strafrechtlich verfolgt.

Dittersbach, 1. 7. 19.

Gemeindevorsteher.

Nieder Hermsdorf.

Verkaufsstellen für Weizen-Auszugsmehl für Kranke.

In der Zeit vom 7. Juli bis 3. August 1919 findet der Verkauf des Auszugsmehles in folgenden Geschäften statt:

Konjum 12, Obere Hauptstr.

Nr. 22,

Kaufmann Klein, Unt. Hauptstr. Nr. 22, und

Handelsmann Schneider, Zellhammer Grenze 15.

Nieder Hermsdorf, 1. 7. 19.

Gemeindevorsteher - Stellvert.

Dittersbach.

Nach der Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten vom 9. April 1919, Kreisblatt Seite 478/9, bleibt den Polizeibehörden die Festsetzung der für das Handelsgerichte an Sonn- und Feiertagen freigegebenen Stunden überlassen.

Demnach habe ich die freien Sonntage wie folgt festgesetzt:

Je ein Sonntag vor dem Oster- und Pfingstfest und drei Sonntage vor Weihnachten. Ein Sonntag bleibt für besondere Fälle frei.

Für die Milchgeschäfte ist die Verkaufszeit an Sonn- und Feiertagen einschl. der ersten Feiertage auf die Zeit von 11-1 Uhr mittags festgesetzt worden, desgleichen für Vorpostengeschäfte, Bäckereien, Konditoreien, Blumenhandlungen und Zeitungen von 1/8-1/9 und 11-12 Uhr vormittags.

Dittersbach, 1. 7. 19.

Amtsvorsteher.

Neuhendorf.

Sitzung der Gemeindevertretung Montag den 7. Juli 1919, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungszimmer hierseits. Die Tagesordnung kam daselbst eingelesen werden.

Neuhendorf, den 2. 7. 19.

Gemeindevorsteher.

Neuhendorf.

Ausgabe der neuen Brot- und Zusatzkarten, sowie Einfuhrkarten Sonnabend den 5. Juli 1919, vormittags Punkt 9 Uhr, im Gemeindebüro.

Die Einwohner von Neu Grauhendorf erhalten die Karten Sonnabend den 5. Juli 1919, vormittags von 11 bis 12 Uhr, in der evangelischen Schule daselbst.

Neuhendorf, den 1. 7. 19.

Der Gemeindevorsteher.

Neuhendorf.

Ausgabe der Zuzugzulagen pro Juli für Kinder im 1. Lebensjahre Sonnabend den 5. Juli 1919, vormittags Punkt 9 Uhr, im Gemeindebüro an die Empfangsberechtigten.

Neuhendorf, 1. 7. 19.

Der Gemeindevorsteher.

Dittmannsdorf.

Die Urliste der in der Gemeinde Dittmannsdorf, Kreis Waldburg, wohnhaften Personen, welche für das Jahr 1920 zu dem Amt eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, liegt gemäß § 36 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 vom 5. bis 12. Juli 1919 im hiesigen Gemeindebüro zu jedermanns Einsicht offen aus.

Gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Urliste kann innerhalb der angegebenen Frist bei dem Gemeindevorstand schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erhoben werden.

Dittmannsdorf, 1. 7. 19.

Der Gemeindevorsteher.

Krätze

beseitigt in 2 bis 3 Tagen
San.-Rat Dr. Strahl's
geruchlose Scabin-Kur
Seife, Flüssigkeit u. Salbe
zus. M. 12.- durch
Elefanten-Apotheke, Berlin 38,
SW. 19.

Gummwaren

Mutterkissen, Frauentropfen, geg. Periodentör. M. 6, stark M. 12, iani-täre Frauenartikel.
Anfragen erbeten. Versandhaus
Neuinger, Dresden 160, Am See 37.

bedingungen die Saat für neue Kriege ausstreuten, die einzige Hoffnung, die Zivilisation zu retten, sei ein Erfolg der Arbeiter, die eine sozialistische Regierung wählen müßten, um dies Spottbild des Friedens zu entfernen.

Lugano, 2. Juli. Die Erdbebenkatastrophe in der Provinz Toscana hat nach den neuesten Mittheilungen schwere Opfer gefordert. Viele Dörfer des Mugellolandes sind schrecklich verwüstet und zum Theil völlig zerstört. Die Gesamtzahl der Toten wird auf 250 angegeben. Der Telegraphen- und Telefonverkehr ist völlig unterbrochen. Es erfolgten mehr als 30 leichtere Erdbebe.

Wettervorhersage für den 3. Juli:
Teilweise heiter, schwachwindig, wärmer.

Druck u. Verlag Ferdinand Dornel's Erben
(Geschäftsleitung: O. Dietrich). — Verantwortlich
für die Schriftleitung: D. Münz, für Kellame und
Inserate: G. Andersz, sämtlich in Rathenbourg.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Niederschlesisches Kohlen-Syndikat
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Die Beamten
des Niederschlesischen Kohlen-Syndikats
G. m. b. H.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Oswald Seidel, Oberpostschaffner.

der von Kulmiz'schen Steinkohlenbergwerke
Waldenburg i. Schlej.

„Waldenburger Zeitung“
zweckentsprechende Verbreitung.

Aufruf!

Das Grenadier-Regiment 10 ist in die Reichswehr übernommen und bleibt als Grenadier-Bataillon im Verbands des Reichswehr-Infanterie-Regiments 12 weiter bestehen. Alle diejenigen, die dem alten Grenadier-Regiment in Kriegs- und Friedenszeiten angehört haben und ihm weiterhin Treue halten wollen, und diejenigen, die sonst Beziehungen zum Regiment oder seiner alten Garnison Schweidnitz haben und mithelfen wollen, das Vaterland wieder aufzubauen, werden hiermit aufgefordert, sich unter den bekannten Bedingungen beim Bataillon schriftlich oder persönlich zu melden.

Außer zum Dienst mit der Waffe werden noch einige Schneider und Schuhmacher gesucht.
Bataillons-Stabs-Quartier Postel, Str. Militärs, Station der Kleinbahn Militärs-Trachenberg.

Grenadier-Bataillon 10
Reichswehr-Infanterie-Regiment 12.

Hausbesitzer-Verein Waldenburg

(Eingetragener Verein).

Auskunft in Hypotheken-Angelegenheiten sowie bei An- und Verkauf von Grundstücken. Näheres durch Herrn A. Tiele, Kaiser-Wilhelm-Platz 8. Fernruf 315.

Wachsmann's Tanz-Institut,

Waldenburg, Ring 23, 1. Etage.

lehrt die neuesten Tänze der Gegenwart.

Der nächste Kursus für

Tanz- und Anstandslehre

sowie ein Kursus für Vorgesessene beginnt Mitte Juli. Weitere Anmeldungen nimmt gütigst entgegen

Frau Maria Wachsmann,
Lehrerin der Tanzkunst.

Achtung! Nur 1 Tag! Achtung!

Kaufe Freitag den 4. Juli 1919, früh von 9 Uhr bis 4 Uhr nachmittags, jeden Posten ausgekämmtes

Frauen-Haar,

Hechelabfall, Stumpfen zu höchsten Preisen.

Ankaufsstelle: Hotel Goldene Sonne, Waldenburg.
Paul Friedrich, Berlin.

Altgold und Silber jeder Art

kaufen zu höchsten Preisen zum Selbsteinschmelzen

Carl Frey & Söhne,

Juweliere und Goldschmiedemeister.

Gerichtl. vereidigte Sachverständige.

Waldenburg, Ring 13,

und Freiburg i. Schl., Ring 26.

Frauenhaare

kauft jedes Quantum zum Höchstpreis von 20 Mk. per Kilo.

F. Karl, Friseur,
Cochiusstraße 1.

Heu

zu kaufen gesucht.

Gustav Seeliger

G. m. b. H.,

Waldenburg i. Schl.

Koninchenfelle

sowie alle anderen Felle kauft zu höchsten Preisen

Adelt, Waldenburg, Cochiusstraße 1, parterre links, 2. Tür.

Zwei neue Vellermühlen

für Knaben, 4-6 u. 6-8 J., zu verl. G. Kamok, Auenstr. 23d, IV.

Achtung!

Von Freitag früh ab steht ein Transport

prima Metaldenburger

Rasse-

ferkel



zu billigen Preisen zum Verkauf.
J. Laserich, Kristerstr. 5.

6 Drehstrom-Motore,

2-5 PS, 220/330 V., Wendel-Kreisläge, Ganglochbohr-Gras- und Bandjägenstell-masch. Kreislagelag. m. Velle, Defloper-Säge, Transm. u. Nietenfab. f. Lieferb. u. hier zu best. **R. Koch,** Schreiberhau i. R.

Ein Diwan

mit Plüschbezug, Friedensver-arbeitung, zu verkaufen.
Karsunky, Ring 10, 1. Etg.

Hotel Gold. Schwert.

Saal frei

für Versammlungen.

Orient-Theater

Freiburgerstraße 15

Nur noch 2 Tage!

Mittwoch
und Donnerstag:

Die herrlichste Licht-spielaufführung,

die jemals geboten wurde.

Casanova

der König der Liebe,

d. Liebesabenteurer
und verführerische
Kavalier aus der ga-lanten und mod. Zeit.

Liebesroman
in 6 prachtvollen
Doppel-Akten.

Verfilmung
d. bekannt. Memoiren
Casanova's.

Bezaubernde Auf-nahmen zeigen den rast-losen Abenteurer der Liebe im Schmelz prachtvoller Gärten, im Glanz eleganter Ro-kokosalons, umringt v. den schönsten Frauen seiner Zeit, am Strande romantischer Seen.

„Hierzu das „hervorragende

Beiprogramm.

Union-Theater.

Bis Donnerstag
das prächtige
Schlager-Programm!

Liebes-Spiel.
Schwank, 3 Akte.

Gefallene Blüten.
Drama, 4 Akte.

Die Rachegöttin.
Lebensbild, 4 Akte.

Kurttheater

Bad Salzbrunn.

Donnerstag den 3. Juli:

Meine Frau,
die Hofhauspielerin.

Lustspiel in 3 Akten
von Möller und Sachs.

Ia. Fleischfütze

per Büchse Mk. 6,—,

ist. Brotaufstrich

per Büchse Mk. 4,50

empfiehlt

Friedrich Kamme I.

Gegen Aufruhr- und Plünderungsschäden

versichert Geschäfte, Lager
und Wohnungseinrichtungen

Paul Opitz, Waldenburg i. Schl.,
Friedländer Straße 33, II. Telephon 895.

Gegen Diebstahl und Beraubung

von Gepäcksstücken, Umzugsgütern, sowie sämtlichen Sen-dungen, sowohl mit der Eisenbahn als auch Fuhrtrans-porte, schützt man sich durch Abschluß einer

Transportversicherung bei „Vaterland“

Kostenlose Auskunft erteilt die Hauptvertretung:

Fernruf 432. **Herm. Reuschel, Auenstr. 37.**



Achtung!

Heute, den 2. Juli 1919, ist ein Transport von

20 Pferden

eingetroffen; darunter erstklassige Belgier, sowie Dänen, Holsteiner und Oldenburger aller Gattungen. Ferner mehrere Wagenpferde, einzeln und Paare; darunter einige Blauschimmel, sowie Schwarzbraune.

Die Pferde sind gut genährt und bildschön, 3-8jährig, und stehen zum sofortigen preiswerten Verkauf.

Hôtel zur goldenen Sonne,
Waldenburg i. Schl. Telephon 156.

Einer gütigen Beachtung

empfiehlt sich die

Naumburger Topfniederlage

Hochwaldstraße 11, neben der städtischen Viehweide.
Altestes renommiertes Spezialgeschäft dieser Branche am hiesig. Plak. Stets großes Lager.
En gros. En detail.

Kranken-An- u. Abmeldescheine sind vorrätig in der Geschäftsstelle der Waldenburger Zeitung.

Berein Schlesischer Gastwirte
von Waldenburg und Umgegend.

Donnerstag den 3. Juli 1919, nachmittags 3 Uhr:

Monats-Versammlung

bei Kollegen Tautz, „Kaiser-Friedrich-Höhe“.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

„Café Kaiserkrone“.

Jeden Donnerstag und Sonntag:

Künstler-Trio